

Netzausbau

Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Sie nehmen den Bericht des Bundesministers für Wirtschaft und Energie zum Netzausbau zur Kenntnis.
- 5 2. Sie begrüßen die Anhebung der Klimaziele und fordern die Bundesregierung auf, konkrete Instrumente zur Erreichung dieser Ziele kurzfristig vorzulegen und umzusetzen.
- 10 3. Sie appellieren an die politischen Akteure in Bund, Ländern und Kommunen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien, den Netzausbau und den Fortgang der Sektorenkopplung deutlich zu beschleunigen, und gleichzeitig die notwendige Akzeptanz zu gewährleisten. Sie bekräftigen ihre Bereitschaft im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit ihren Beitrag dazu zu leisten.
- 15 4. Das neue Bundesklimaschutzgesetz geht von Klimaneutralität im Jahr 2045 aus. Dies wird auch eine deutliche Beschleunigung der Dekarbonisierung des Stromsektors bedeuten müssen. Eine schnellere Dekarbonisierung der anderen Sektoren hat zudem erhebliche Rückwirkungen auf das Wachstum des Strombedarfs und damit den Stromsektor insgesamt. Die Bundesregierung wird daher gebeten die Wirkungen insbesondere einer zügigeren Elektrifizierung industrieller Prozesse auf die Entwicklung der Jahreshöchstlast und generellen Residuallastbedarfe zu untersuchen und mit den Ländern zu beraten.
- 20 5. Angesichts der langen Planungsvorläufe beim Stromnetzausbau macht die Klimazielschärfung zeitnah eine entsprechende Zielnetzplanung in der Strom-Netzentwicklungsplanung erforderlich. Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, wie das Energiewirtschaftsrecht an dieser Stelle weiterentwickelt werden kann, um möglichst frühzeitig mit der Planung relevanter Teile des Zielnetzes beginnen zu können. Den langfristigen Szenarien insbesondere bei „No Regret-Maßnahmen“ sollte ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.
- 25 6. Sie nehmen die Verzögerungen beim Netzausbau mit Besorgnis zur Kenntnis und weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Beschleunigung der Netzausbauplanung und Akzeptanz vor Ort einander bedingen. Die Bundesregierung wird gebeten, weiterhin Verzögerungsgründe transparent darzulegen und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Dies soll dazu dienen, Verzögerungsrisiken bei neuen Projekten frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.
- 30